Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 11/1740 —

Betr.: Ablagerung von Flugasche in einer Tonkuhle

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Vajen (CDU) vom 13. 11. 1987


Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt sie die Auffassung der Bezirksregierung Lüneburg?

2. Ist es angesichts der Tatsache, daß Flugasche mit Schwermetallen belastet ist, und angesichts der Tatsache, daß sich in einer Entfernung von ca. 1000 m von der Tonkuhle das Wasserwerk „Nord” des Wasserversorgungsverbandes für den Landkreis Rotenburg befindet, vertretbar, daß aus dem Zwischenlager ein Endlager wird?

3. Warum wird die Flugasche, wenn sie als Wirtschaftsgut deklariert ist, in einer Tonkuhle und nicht am Ort der weiteren Verwertung gelagert?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Umweltminister
— Z 4 — 01425/12 — 37 —

Hannover, den 19. 2. 1988


Die am 14. 4. 1987 von der Grundstückseigentümerin beantragte Verlängerung der Baugenehmigung lehnte der Landkreis ab und forderte, die eingelagerte Flugasche zu entfernen und einer zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zuzuführen.

Hiergegen wurde Widerspruch erhoben.

Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens stellte die Bezirksregierung Lüneburg fest, daß der Landkreis die mit dem objektiven Abfallbegriff zusammenhängenden strittigen Fragen nicht, bzw. nicht abschließend geprüft hatte. Der Landkreis wurde daher gebeten, die Angelegenheit nochmals umfassend zu überprüfen.
Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1:
Die Bezirksregierung Lüneburg hat sich zu der Fragestellung, ob es sich um Abfall oder Wirtschaftsgut handelt, bisher noch nicht abschließend geäußert.

Zu 2:
Eine Beeinflussung des Wasserwerkes Nord durch die Flugasche ist wegen der Grundwasserfließrichtung und der Dichtigkeit des dort anstehenden Tones nicht zu befürchten.

Sollte die Prüfung ergeben, daß es sich bei dem in der Grube lagernden Material um Abfall handelt und die Absicht besteht, diese Flugasche dort weiter zwischen-, bzw. endzulagern, wäre ein Planfeststellungsverfahren nach dem Abfallgesetz durchzuführen.

Zu 3:

Dr. Remmers